

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: D8 88 846 opbn d

Inhalt

Horst Jaunich MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, erläutert die Auswirkungen der konservativen Kürzungspolitik: Mit "stop and go" gegen die Familien. Seite 1

Helmut Rohde MdB stellt fest, daß liberale Alibereien um SPD-Koalitionsmöglichkeiten zum Wahlvehikel werden sollen: Die FDP-Angst im trüben Fahrwasser. Seite 4

Klaus-Dieter Osswald MdB unterstreicht, daß an den Universitäten die gesamtstaatliche Verantwortung nicht durch private Initiative ersetzt werden kann: Hochschulen 1., 2. und 3. Klasse? Seite 5

Dokumentation
Kieler Erklärung. Seite 7

37. Jahrgang / 221

22. November 1982

Mit "stop and go" gegen die Familien

Die Auswirkungen der konservativen Kürzungspolitik

Von Horst Jaunich MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Aus der konservativen Kürzungspolitik der neuen Rechtskoalition ergeben sich erhebliche Auswirkungen für die Familien. Viele Familien werden von mehreren Kürzungen zugleich empfindlich getroffen sein.

I. Einschnitte in das soziale Netz aus ökonomischer Sicht

Die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute fassen in ihrer Herbstdiagnose vom 25. Oktober 1982 die wirtschaftliche Situation wie folgt zusammen: "Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig in einer Lage, in der akuter Nachfragerückgang mit fundamentaler Wachstumsschwäche zusammentrifft." Daran gemessen, kann es einerseits nicht richtig sein, die Konsumfähigkeit bei Bevölkerungsgruppen mit hoher Konsumneigung immer mehr zu drosseln, wie es andererseits äußerst unbefriedigend sein muß, daß die für investive Zwecke gewonnenen Spielräume durch verstreute Maßnahmen vertan werden.

Es werden nicht etwa - wie behauptet - die "Rahmenbedingungen" für die Wirtschaft verbessert, vielmehr wird durch unzusammenhängende und widersprüchliche Interventionen eine sich konterkarrierende gleichzeitige stop-and-go-policy bewirkt. Den aberverlangten sozialen Opfern steht - ganz abgesehen von der Frage ihrer gesellschaftspolitischen Ausgewogenheit - keine ökonomische Strategie gegenüber, die diese Opfer struktur- und wachstumsfördernd in Investitionen und Beschäftigung umsetzen könnte. Die fünf Institute lehnen nicht nur eine Mehrwertsteuererhöhung, sondern auch eine Konzentration der Mittel auf das Vorziehen von Investitionen und die Subventionierung des Wohnungsbaus ab. Es ist zu befürchten, daß die großen sozialen Opfer ökonomisch umsonst erbracht werden.

II. Abbau des sozialen Netzes aus gesellschaftspolitischer Sicht

Die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute heben hervor, daß die "doppelte Herausforderung" der Wirtschaftspolitik "...vor allem eindeutige und vertrauensbil-

dende Entscheidungen der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen" erfordert: "Sie braucht aber auch die Zustimmung, ja das Mitwirken der wichtigen sozialen Gruppen." Die Institute bringen zum Ausdruck, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit einer wirtschaftspolitischen Anpassungsstrategie allein nicht zu überwinden sein werden; erforderlich ist eben auch eine gesellschaftspolitische Anpassungsstrategie. Anders ausgedrückt: Erforderlich wäre eine kombinierte nachfrage- und angebotsorientierte Wirtschaftsstrategie auf der einen Seite, eine verteilungspolitische Anpassungsstrategie auf der anderen Seite. Noch anders ausgedrückt: Es gibt keine wie auch immer geartete ökonomische Strategie, die zum Erfolg führen könnte, ohne die strikte Befolgung der sozialdemokratischen Grundstrategie, die auf einen sozialen Konsens gerichtet ist. Bleibt der soziale Konsens in den politischen Entscheidungen nicht bewahrt, wird durch Verteilungskämpfe - eine unkontrollierte Entwicklung von Lohnkosten und Gewinnen, von Preisniveau und Währung - die internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren gehen.

Die verteilungspolitische Schieflage der Maßnahmenbeschlüsse der Bundesregierung hat einen Verteilungsdruck erzeugt, dessen explosionsartige Entladung durch den Deckel von Lohnleitlinien und Lohnpausen verhindert werden soll. Zwischen diesem selbsterzeugten Verteilungsdruck der Rechtskoalition und ihrem gesellschaftspolitisch außergewöhnlichen Versuch, diesen noch einmal zu unterdrücken, zwischen dem Vorgehen von Lambsdorff und dem Vorgehen von Blüm, besteht ein systematischer, innerer Zusammenhang. Das sozialstaatlich unakzeptable Vorgehen der Rechtskoalition hat das zusammenhängende wirtschafts- und gesellschaftspolitische System bereits nach wenigen Regierungswochen in die Gefahr einer Zerrüttung gebracht.

III. Die Beurteilung der Maßnahmenbeschlüsse der Bundesregierung aus der Sicht der sogenannten Neuen Sozialen Frage

Wenn man an den Abbau der Realeinkommen breiter Schichten denkt, an die von der Rechtskoalition zum Sanierungsprinzip erhobene Umverteilung von unten nach oben, an die steigende Arbeitslosigkeit, die größer werdende Ausbildungsplatzlücke, dann stellt sich vor allem die "alte soziale Frage".

Mit dem Aufwerfen einer "Neuen Sozialen Frage", der Behauptung, daß Gruppen ohne eine starke Vertretung ihrer Interessen in unserer Gesellschaft sozial benachteiligt würden, wollte der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, die Sozialdemokratie überrollen. Jetzt hat die von ihm aufgeworfene Frage ihn selbst als Familienminister eingeholt. Man ist beinahe geneigt zu sagen, daß die Regierungsbeschlüsse zur Sozialhilfe, beim Wohngeld, beim Kindergeld, bei der Ausbildungsförderung, in der Einkommensteuer, die These einer "Neuen Sozialen Frage" voll bestätigen; jedoch mit dem Unterschied, daß dieses Vorgehen nicht die Sozialdemokraten, sondern die Christdemokraten und Geißler selbst demaskiert.

- Die Leistungen der Sozialhilfe werden über Jahre real abgebaut. Bei einer Anpassung der Regelsätze, die hinter der Entwicklung der Preise zurückbleibt, ist das die Folge. Und dies geschieht, obwohl der Warenkorb der Sozialhilfe seit über zehn Jahren nicht mehr angepaßt wurde und hinter der Entwicklung der allgemeinen Lebensverhältnisse zurückbleibt. Der Leistungsabbau wird in vielen Fällen die Lebenshaltung unter das sozial-kulturell gebotene Minimum absinken lassen. Familienpolitisch trifft dies - belegt durch mehrere Studien - insbesondere alleinerziehender Mütter mit Kindern.
- Das Wohngeld wird bereits jetzt einkommensabhängig für Einkommensbezieher mit ausgesprochen niedrigem Einkommen gezahlt. Es fließt ganz überwiegend Rentnerhaushalten, aber auch Familien mit Kindern zu. Von den Wohngeldkürzungen wird etwa die Hälfte der Wohngeld erhaltenen Haushalte betroffen sein; insbesondere alleinerziehender Elternteile, die nicht erwerbstätig sein können, Schwerbehinderte, Bezieher von Hinterbliebenenrente und Bezieher von Ausbildungsförderungsdarlehen; aber auch Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger.

- Die einkommensabhängige Gestaltung des Kindergeldes - ein an sich richtiger Schritt - kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Hauptlast der Einsparung von kinderreichen Familien zu tragen ist, früher die Kronzeugen für Geißlers sogenannte Neue Soziale Frage
- Die BAföG-Leistungen waren schon bisher abhängig vom Einkommen der Eltern und deshalb auf wirtschaftlich weniger leistungsfähige Schichten begrenzt. Die weitgehende Abschaffung des Schüler-BAföG und die Umstellung des Studenten-BAföG von Zuschüssen auf Darlehen wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betroffenen Familien mit älteren Kindern so erheblich mindern, daß in vielen Fällen die geplante qualifiziertere Ausbildung nicht verwirklicht werden kann. Hinzu kommt, daß die einkommenssteuerlichen Ausbildungsfreibeträge halbiert werden. Für eine Nation, deren wirtschaftliche Existenz in Zukunft noch mehr von den kleinen grauen Zellen abhängt, ist eine solche Bildungspolitik auf längere Sicht eine katastrophale Option.
- In der Einkommensteuer wird wieder ein allgemeiner progressiv wirkender Kinderfreibetrag eingeführt (der Abzug von Kinderbetreuungskosten entfällt), der mit steigendem Einkommen steuerlich stärker entlastet. Damit wird die Reform des Familienlastenausgleichs von 1975 zu einem sozial gerechten Leistungssystem im Grundsatz aufgegeben.
- Vor der Tür steht die Einführung eines Familiensplittings. Mit diesem wird der ideologisierte Leistungsbegriff der CDU/CSU zum Sozialstaatsprinzip erhoben werden. Die mit steigendem Einkommen zunehmende steuerliche Entlastung wird sich gegenüber dem jetzt angestrebten allgemeinen Kinderfreibetrag noch vervielfachen. Leute mit hohem Einkommen werden die Steuerprogression umso mehr abbauen können, je mehr Kinder sie haben" Arbeitnehmerfamilien, deren Besteuerung in der unteren Proportionalzone erfolgt, haben davon nichts, ebenso Rentner und Sozialhilfeempfänger.
- Familienminister Geißler hat die Absicht, das Kindergeld - vielleicht bis auf einen Sockelbetrag für alle - im Familiensplitting aufgehen zu lassen. Damit erweist sich die Einführung eines einkommensabhängigen Kindergeldes zum gegenwärtigen Zeitpunkt als soziales Täuschungsmanöver. Die Kindergeldmasse soll im wesentlichen das Familiensplitting finanzieren. Im Endeffekt werden Familien mit geringerem Einkommen nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an Familienlastenausgleich erhalten; Familien mit höherem Einkommen jedoch einen umso höheren Familienlastenausgleich, je höher ihr Einkommen ist. Dies ist dann die Lösung der "Neuen Sozialen Frage" auf christdemokratische Art.

Schlimm an diesem Leistungsabbau an vielen Ecken und Enden ist, daß er vor allem sozial schwache Schichten trifft, daß er unsystematisch erfolgt und niemand weiß, in welchem Umfang die Leistungsentzüge bei Familien und in bestimmten Familiensituationen kumulieren. Daß sich der Fortfall von Leistungen für viele Familien kumulieren wird - etwa hinsichtlich Kindergeld, Wohngeld, BAföG - steht außer Frage. Und inwieweit vertretbar, darüber hat sich die neue Regierung keine Rechenschaft gegeben: Sie weiß es nicht, oder sie will es nicht wissen, welche Wirkungen die Maßnahmen haben, die sie wahllos aneinander gereiht durchsetzt.

Und dies ist noch nicht alles. Zu dem Abbau an verfügbarem Einkommen durch einschneidende Kürzungen sozialer Leistungen tritt die Mehrwertsteuererhöhung, die die reale Kaufkraft der Einkommen weiter schmälert. Der zunehmende Ausfall an konsumtiver Endnachfrage trifft nicht nur die Lebensverhältnisse vieler Familien mit Kindern, er beeinträchtigt auch die volkswirtschaftliche Entwicklung. (-/22.11.1982/hj/ca)

+ + +



Die FDP-Angst im trüben Fahrwasser

Liberaler Albereien um SPD-Koalitionsmöglichkeiten soll Wahlvehikel werden

Von Helmut Rohde MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Kein Tag geht übers Kalenderblatt, ohne daß im Bonner Rheintal über mögliche und unmögliche Koalitionen spekuliert wird. Es gibt quasi eine ganzjährige Saure-Gurken-Zeit. Die Regierung hat zwar gewechselt, aber die Manieren sind geblieben: unaufhörlich wird mit Ämtern, Karrieren und Koalitionen getändelt.

Nicht die wirtschaftliche und soziale Krise, sondern elende Beschaffer-Methoden versuchen sich in die Schlagzeilen zu drängen. Die Gründe und Hintergründe dieses Unternehmens sind ziemlich einduetig. Das Koalitionspalaver soll zum Wahlvehikel werden, einmal als Schreckgespenst, zum anderen als Verheißung und zum dritten als Feder am eigenen Hut eingesetzt. Im Rheintal gibt es Kreisverkehr mit dem Amtssessel von Tür zu Tür.

Aufpassen muß man. Die insbesondere von der FDP ausgehende Beschaffermentalität, das Mauscheln hinter der vorgehaltenen Hand, ist drauf und dran, die Politik zu verderben. Das darf nicht anstecken wie Masern. Daß Genscher diese Art auch noch als zeitgerechten Ausdruck des "organisierten Liberalismus" bezeichnet, ist schon ein bedenkenloser Umgang mit historischen Traditionen der deutschen Politik.

Die Politik darf nicht nur aus Cliquenklatsch, Intrigen und selbstsüchtigem Umgang mit der politischen Macht bestehen. Dies wäre mehr als ein Charakterfehler. Damit würde der Demokratie ein Bein gestellt.

Auffällig ist auch, wie mal bedenkenlos, mal hinterhältig mit den Sozialdemokraten umgegangen wird. Die Koalitionsverdächtigungen, mal grün, mal schwarz, sollen ihnen wie Klötze ans Bein gebunden werden. Luftballons werden hochgelassen, und man rechnet mit Berichterstattem aus dem Rheintal, die nicht müde werden, diese liberalen Albereien auf die vorderen Seiten der Zeitungen zu rücken.

Offensichtlich ist, daß die Politik für Genscher dann eine moralische Seite hat, wenn sie mit Amtssitzen der FDP zu berechnen und zu beschreiben ist, ansonsten wittert die FDP nur noch "Gefahren".

Erst weigerten sich Genscher und Lambsdorff, mit Sozialdemokraten und gegründet auf den Sozialstaat ein Programm gegen die Krise zu machen. Statt dessen haben sie wieselig die Krise zum Regierungssturz und zur Charakterveränderung der deutschen Innenpolitik ausgenutzt.

Nun haben die Konservativen ihre Macht, die FDP-ler ihre Ämter. Aber sie haben Angst, viel Angst, was ihre bisherigen Wähler machen. Diese brauchen nämlich nur bei ihren Überzeugungen und grundlegenden Ansichten zu bleiben und sich nicht zu einem "Wendelin" der deutschen Politik entwickeln.

Nachdem den FDP-lern das Gefühl für politische Versprechungen, für politische Verlässlichkeit und für die Anforderungen politischer Substanz weggleitet, nachdem ihnen in den Augen der Bevölkerung auch die Moral mehr und mehr abhanden kommt, greift jetzt Genscher mitten in den Mustopf der Verdächtigungen. Daß dies ausgerechnet in der Sendung "Bonner Perspektiven" erschien, zeigt ganz offensichtlich, was aus dieser Ecke an Perspektiven zu erwarten ist. Die vorgehaltene Hand aber wird immer mehr zu einem verwelkenden Zeichen von Politik.

Eigentlich überflüssig zu sagen: Die Sozialdemokraten sollten, ja sie müssen sich aus diesem trüben Fahrwasser heraushalten. Mit diesen Intrigen des Rheintals ist keine Zukunft zu gewinnen. Sie müssen selbstbewußt handeln und die Spekulationen entschlossen beiseite schieben. Das heißt: Sie müssen das zum Thema des Wahlkampfes machen, was die Menschen in unserem Land erwarten, den Kampf gegen die Wirtschaftskrise.

(-/22.11.1982/ks/ca)

+ + +



Hochschulen 1., 2. und 3. Klasse?

Gesamtstaatliche Verantwortung kann durch private Initiative nicht ersetzt werden

Von Professor Dr. Klaus-Dieter Osswald MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

In der Sozialdemokratischen Partei wird über die Möglichkeiten privater Hochschulen ausführlich diskutiert, einige Teile der Partei - vor allem dort, wo sich das Problem stellt - haben sich für private Hochschulen ausgesprochen. Große Teile der Partei, dabei auch die Arbeitsgruppe Bildung und Wissenschaft der SPD-Bundestagsfraktion, haben sich mehrheitlich gegen private Hochschulen geäußert. Ich kann hier nur meine eigene Meinung vortragen, da der Willensbildungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist.

Man könnte für private Hochschulen argumentieren: In den nächsten Jahren werden noch mehr Studierwillige an die Hochschulen kommen, bei einer Quote von etwa 22 Prozent eines Altersjahrganges werden die geburtenstarken Jahrgänge eine enorme Belastung der Hochschulkapazitäten darstellen. Selbst wenn die Hochschulen bereit sind, eine Überlastquote von 140 bis 150 Prozent zu tragen, heißt dies, die Gefahr neuer Fächer mit Numerus clausus steigt. Es werden damit noch neue Studienplätze geschaffen, dies vielleicht noch in Fächern, in denen der Numerus clausus besonders hart ist, in Fächern, in denen die bisherigen Hochschulen unter personellen und Ausbildungskapazitäten leiden. Also, es könnte die Möglichkeit gegeben sein, eine eindeutig nachfrageorientierte Studienplatzpolitik zu betreiben. Wenn also die Finanzierung gesichert ist - und dies nicht nur über zwei bis fünf Jahre - warum sollen private Hochschulen die öffentlichen Hochschulen nicht entlasten? Die Überlastquote bringt für die Lehrenden - vor allem wenn die Länder nicht willens oder in der Lage sind, das Personal aufzustocken - einen Konflikt mit sich, daß nämlich in der doppelten Aufgabe der Forschung und Lehre die Forschung zurückgedrängt werden muß, um den zusätzlichen Forderungen nach Lehre nachzukommen. Die privaten Hochschulen könnten die Zahl der Studierenden regulieren, daß die Forschung den ihr gebührenden und notwendigen Platz erhält, wobei noch dazu käme, daß Auftragsforschung, wegen der geringeren öffentlichen Kontrolle und wegen des geringeren administrativen Aufwandes, vorwiegend an private Hochschulen vergeben würde. Dem widersprechend waren die bisherigen Erfahrungen in der Grundlagenforschung, aber eine Umorientierung wäre nicht auszuschließen.

Gegen private Hochschulen spricht das bisherige Ausbildungsmonopol des Staates, das nur in wenigen Ausnahmefällen (kirchliche Hochschulen) durchbrochen wurde. Wenn man andere Länder beobachtet, in denen eine Hierarchie von Hochschulen nach privater und öffentlicher Trägerschaft entstanden ist, wo nach Abschlußexamen der jeweiligen Hochschule Berufschancen vergeben werden, dann wünscht man sich eine solche Einleitung in Hochschulen erster, zweiter und dritter Klasse in der Bundesrepublik nicht.

Vor allem, wenn hinter solchen Gründungsabsichten Abnehmer- und Standesinteressen (Kirchen, Ärzteschaft) stehen, sind sie abzulehnen. Wenn schon Publikationen wie "Freiheit der Wissenschaft", zwar noch mit Fragezeichen von "Harvard in Herdecke?" schreiben, dann kommt der Verdacht auf, daß hier für bestimmte privilegierte Gruppen Hochschuleinrichtungen geschaffen werden sollen, die Bevölkerungsschichten, die es sich leisten können, Zugang zu Hochschulen ermöglichen sollen, die dann auch die Garantie dafür bieten, daß die Absolventen eine Einstellungsgarantie erhalten, die das öffentliche Hochschulwesen nicht bietet.



Damit verbunden ist in der Diskussion ein seltsamer Elitebegriff. Eine Elite soll durch diese neuen privaten Hochschulen wieder geschaffen werden, die unsere Gesellschaft braucht. Aber es riecht bei dieser Diskussion nach einem Begriff von "Herrschaft der Besten" und weniger nach Funktionseliten. Die neokonservative Diskussion um die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses läuft dazu fatal parallel. Zwar wird immer betont, es handele sich um eine Elite nicht im Sinne besonderer Vorrechte, sondern im Sinne besonderer Befähigung und Leistung; aber die Voraussetzungen besonderer Befähigung und Leistung werden meist unter nativistischen und nicht milieutheoretischen Gesichtspunkten diskutiert. Nicht die erträumte Konzentration von Eliten (sprich Funktionseliten) kann das Ziel sein, sondern die möglichst breite Zugangsmöglichkeit zu führenden Positionen mit einer möglichst gleich gestalteten Ausgangschance. Elite in privaten Hochschulen, "privaten Fluchtburgen" der Wissenschaft (Michael Regus), die zur Stabilisierung bestehender Verhältnisse aus Verteidigung von Eigentinteressen beitragen, können in der pluralistischen demokratischen Gesellschaft keine Zielvorstellung sein.

Die privaten Hochschulen und ihre Verfechter geben vor, daß sie keine öffentlichen Mittel in Anspruch nehmen wollen. Die Finanzierung soll ausschließlich über Studiengebühren und Stipendien gesichert sein. Da bin ich aus längerer Erfahrung mit solchen Ansätzen mißtrauisch - dies in zweierlei Hinsicht. Einmal möchte ich keine Hochschulen, deren Betrieb nach dem Prinzip "Wer zahlt, schafft an" läuft. Wer finanziert, verfolgt auch immer Eigeninteressen. Ich möchte keine Universitäten der Konzerne XYZ. Sollten in der Finanzierung Schwierigkeiten auftreten, so wird garantiert nach der öffentlichen Hand gerufen. So möchte ich zum anderen keine Universitäten, die dann von der öffentlichen Hand finanziert werden müssen, aber nach den Interessen der Begründer und Betreiber geführt werden - und dies noch, so steht zu befürchten, mit viel weniger Mitbestimmung und Mitwirkungsmöglichkeiten der Lehrenden und Lernenden als an öffentlichen Hochschulen.

Die gesamtstaatliche Verantwortung für das Hochschulwesen, die Garantie für Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit von Studiengängen und Abschlüssen kann durch private Initiative nicht ersetzt werden.
(-/19.11.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der Parteirat der SPD hat am 18. und 19. November 1982 gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion, den sozialdemokratischen Abgeordneten des Europa-Parlaments und dem Vorstand der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der ersten Zusammenkunft nach dem Regierungswechsel den Anspruch der SPD auf die politische Führung in der Bundesrepublik Deutschland mit folgendem Beschluß erneuert:

Kieler Erklärung

I.

Die Fraktionen der neuen Regierungskoalition im Bundestag haben ohne Zustimmung der Wähler, die FDP dazu unter grober Mißachtung des vor zwei Jahren ausdrücklich eingeholten Wählerauftrags, Bundeskanzler Helmut Schmidt aus dem Amt gedrängt. Ihrem offenkundigen Mangel an politischer Legitimation versucht die neue Bundesregierung dadurch abzuwehren, daß sie als Übergangsregierung baldige Neuwahlen verspricht. Wir Sozialdemokraten fordern die Erfüllung dieses Versprechens ohne weitere Verzögerung, ohne taktische Schwachzüge und ohne Manipulation der Verfassung. Über den Weg dorthin muß die Bundesregierung sofort Klarheit schaffen, um schweren Schaden für Ansehen und Glaubwürdigkeit unserer parlamentarischen Demokratie abzuwenden.

II.

Nach 16 Jahren sozialdemokratischer Regierungsarbeit steht die Bundesrepublik weitaus besser da als vergleichbare andere Länder. Trotz aller gegenwärtigen Sorgen stellen wir fest: Die Bundesregierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt haben den Sozialstaat ausgebaut und den Menschen wesentliche Verbesserungen ihrer materiellen Lage gebracht. Das soziale Netz schützt die sozial Schwachen vor unwürdigen Lebensbedingungen. Nur der soziale Staat schafft Sicherheit und wirkliche Freiheit für alle Bürger. Die Politik der Sozialdemokraten in Bund, Ländern und Gemeinden hat die deutsche Demokratie gestärkt und das Zusammenleben der Menschen sozialer und freiheitlicher gestaltet. Im Bewußtsein der Bürger, in ihrem Zusammenleben, in ihrer Einstellung zu angemessener Autorität und entleerter Tradition haben in diesen Jahren Veränderungen stattgefunden, die nicht wieder umgekehrt werden dürfen. Millionen von Frauen, von Jugendlichen und Abhängigen in Wirtschaft und Gesellschaft haben ein neues, demokratisches Selbstbewußtsein entwickelt. Dies schließt ein ausgeprägtes Rechts- und Wertempfinden ebenso ein wie die Bereitschaft zur Leistung, nicht nur in der Gestaltung des eigenen Daseins, sondern auch zugunsten schwacher und hilfsbedürftiger Menschen. Deshalb beklagen oberflächliche Konservative zu Unrecht einen Verfall des Wert- und Rechtsbewußtseins und der Leistungsbereitschaft.

Wir Sozialdemokraten werden dieses Selbstbewußtsein weiter stärken. Ein besonderes Anliegen ist für uns die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau. Wir bekennen uns zum Auftrag des Godesberger Programms, Vorrechte zu beseitigen und durch Reformpolitik für eine freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaft zu kämpfen.

III.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität haben als Grundwerte das politische Handeln der Sozialdemokratie in ihrer über hundertjährigen Parteigeschichte bestimmt. Von diesen Werten haben sich Sozialdemokraten bei ihrer Auseinandersetzung mit dem Obrigkeitsstaat, mit Nationalismus und mit antirepublikanischen Kräften und bei ihrem Kampf gegen den nationalsozialistischen Unrechtsstaat und den totalitären Kommunismus ebenso leiten lassen wie bei der Gestaltung der Demokratie in Deutschland.

Heute ist die zweite deutsche Demokratie stark genug, um sich mit Protestbewegungen und mit Veränderungen des Parteiensystems ohne Hysterie auseinanderzusetzen. Wer das Parteienrecht verändern oder Wahlen verschieben will, um neue Gruppierungen aus dem politischen Prozeß auszugrenzen, trifft auf unseren Widerstand.

In Städten und Gemeinden erlebt jeder Einzelne Politik unmittelbar. Die Bürger haben dort die beste und häufigste Möglichkeit, den gewählten Vertretern ihre eigenen Nöte, Interessen und Wünsche mitzuteilen, und an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitzuwirken. Andererseits haben die politisch Gewählten hier zuerst die Chance, auf die Probleme der Menschen einzugehen und die politischen Vorstellungen ihrer Partei den Bürgern nahe zu bringen. Der Kommunalpolitik kommt somit eine besondere Bedeutung zu. Die SPD wird deshalb eine neue kommunalpolitische Offensive beginnen. Vorrangiges Ziel ist da-

bei für uns die Sicherung der kommunalen Finanzautonomie. Die Pläne zum Abbau der Gewerbesteuer gefährden massiv die öffentliche Investitionstätigkeit.

Nur in der Auseinandersetzung mit allen Gruppen und Fragestellungen kann unsere Demokratie lebendig und zukunfts offen bleiben. Gesprächsverweigerung lehnen wir ab, ebenso aber faule Kompromisse. Besonders in den Kernfragen der Gewaltlosigkeit und des Bekenntnisses zur parlamentarischen Demokratie werden wir stets unnachgiebig sein. Die SPD hat eine lange liberale Tradition. Nach der Rückwandlung der FDP in eine rechte Wirtschaftspartei wird der soziale Liberalismus in der Bundesrepublik Deutschland politisch und praktisch nur noch von den Sozialdemokraten vertreten.

IV.

Die Arbeiterschaft war immer das Fundament der Sozialdemokratie. Obwohl verschiedene soziale Gruppen bei uns ihren Platz gefunden haben, liegt in der Verbindung zu den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften auch künftig die stärkste Quelle unserer Kraft.

Wir kämpfen für das Recht auf Arbeit und Bildung. Wir kämpfen für die Überwindung materieller Not und unwürdiger Abhängigkeit. Damit kämpfen wir für reale Freiheit und die Wirtschaftsdemokratie, also die Erweiterung der Mitbestimmung auf allen Ebenen und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital.

Arbeitslosigkeit ist und bleibt für uns unannehmbar. Ihre Überwindung ist die große Aufgabe zugleich der deutschen Innenpolitik wie auch der internationalen Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Niemand kann diese Aufgabe sofort lösen; Vollbeschäftigung wird sich erst in einem mehrjährigen Prozeß erreichen lassen. Weil wir Vollbeschäftigung wollen, treten wir für eine deutliche Verbesserung der beruflichen Bildung ein. Investitionen in Kenntnisse und Fähigkeiten sind wichtiger, als alle anderen Investitionen. Weil wir Vollbeschäftigung wollen, werden wir die vielfältigen Bemühungen der Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzung unterstützen. Wir wissen, daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß. Wir halten es aber für notwendig, für die unteren Einkommensgruppen besondere Regelungen zu finden.

Weil wir Vollbeschäftigung wollen, müssen wir Umweltschutz und qualifiziertes Wirtschaftswachstum in Übereinstimmung bringen. Sozialdemokraten begreifen den Schutz der Umwelt immer auch als Motor für Wachstum.

Weil wir Vollbeschäftigung wollen, treten wir für eine vernünftige Energiepolitik ein, in der die heimische Kohle Vorrang hat. Wir fordern eine verstärkte internationale Zusammenarbeit: in der EG, im Welthandel, in der Entwicklungspolitik. Gartenlaubenmentalität oder nationalistische Abschottung gefährden Arbeitsplätze. Die SPD wird aber nicht widerspruchslos hinnehmen, wenn durch staatliche Hilfen und unfairen Wettbewerb andere Nationen Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland kaputt konkurrieren. Sozialdemokraten wollen den sozialen Konsensus erhalten und festigen.

Wo wir Opfer von denen verlangen müssen, die über einen gesicherten Arbeitsplatz oder ein gesichertes Einkommen verfügen, werden wir diese Opfer sozial gerecht staffeln. Wer den Sozialstaat ohne oder gegen die Gewerkschaften umformen will, zerstört die Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften und vergiftet das soziale Klima. Wer das Sozialstaatsprinzip und individuelle Freiheit, gegeneinander ausspielt, wer die Basis des sozialen Kompromisses angreift, stößt auf den kompromißlosen Widerstand der Sozialdemokraten.

V.

Die von der Rechtskoalition bisher vorgelegten Pläne sind nicht geeignet, die schwere, in hohem Maße weltwirtschaftlich bedingte Krise zu meistern, den inneren Frieden zu wahren und die außen- und sicherheitspolitische Position der Bundesrepublik zu stärken. Sie werden die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise vielmehr verschärfen, den inneren Frieden gefährden und den weltweiten Einfluß der Bundesrepublik mindern.

Das gilt für die Schwächung der Nachfrage und die Schwächung öffentlicher Investitionen durch die beabsichtigte Wirtschaftspolitik, für die einseitige Belastung von Arbeitnehmern, Mietern, Rentnern, Kriegsopfern, Jugendlichen, die Familien mit Kindern, Sozialhilfeempfänger und für die ungerechte Bevorzugung der Besserverdienenden bei der Verteilung der Lasten. Das gilt für die zerstörerischen Angriffe auf den bewährten Schutz der Mieter. Angesichts steigender Wohnungsnot in Ballungsgebieten brauchen Mieter mehr und nicht weniger Schutz vor dem Verlust ihrer Wohnung und vor willkürlichen Mieterhöhungen.

37. Jahrgang / 221 / 22. November 1982

Das gilt für das Fehlen einer entschiedenen Umweltpolitik, die Abkehr von der Politik der inneren Reformen und die Verweigerung einer den liberalen und sozialen Rechtsstaat stärkenden Rechts- und Innenpolitik.

Wir warnen vor einer Gefährdung unserer bisherigen Friedenspolitik. Zu dieser gehört auch die entschiedene Vertretung deutscher Interessen im westlichen Bündnis und deutscher Vorschläge zur Beendigung des Rüstungswettlaufs und für eine gleichgewichtige Abrüstung in Ost und West. Wir sind Wächter der Kontinuität unserer Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik.

VI.

Wir Sozialdemokraten werden unsere Aufgabe als Opposition mit der Fairness wahrnehmen, die die Bürger mit Recht erwarten und erhoffen. Auch harte Auseinandersetzungen werden wir sachlich führen, frei von persönlicher Verunglimpfung und Herabsetzung. In der Rolle der Opposition wird die SPD weiterhin ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen. Wir bekennen uns zu der Politik, die Helmut Schmidt als Bundeskanzler in seiner Rede am 1. Oktober 1982 noch einmal in zwölf Punkten dargestellt hat.

- 1/ Alle Volkswirtschaften befinden sich gegenwärtig in einem krisenhaften Anpassungsprozeß. Dabei hat für uns der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, und das heißt: für neues Wirtschaftswachstum, den Vorrang. Wir verteidigen den Sozialstaat, seine Fähigkeit zum Ausgleich und zur sozialen Sicherheit.
- 2/ Wir sind überzeugt von der Möglichkeit und Notwendigkeit, wirtschaftliche und Umweltschutzinteressen zum Ausgleich zu bringen.
- 3/ Wir halten fest am Prinzip der Solidarität mit den Schwächeren und lehnen die Umverteilung von unten nach oben entschieden ab.
- 4/ Wir werden jedem Versuch entgegentreten, soziale Gerechtigkeit zurückzudrängen und durch das Ellbogenprinzip zu ersetzen.
- 5/ Wir werden unsere Grundwerte und die innere Freiheitlichkeit unseres Gemeinwesens mit aller Kraft verteidigen.
- 6/ Wir werden uns um die Glaubwürdigkeit der Demokratie, ihrer Einrichtungen und handelnden Personen gewissenhaft und nachdrücklich bemühen.
- 7/ Wir werden für gute Nachbarschaft in Mitteleuropa und für eine Außenpolitik im Geist der Friedensbereitschaft und Friedfertigkeit eintreten.
- 8/ Wir halten weiterhin fest an der Europäischen Gemeinschaft, am Nordatlantischen Bündnis, an der deutsch-amerikanischen Freundschaft und an der deutsch-französischen Zusammenarbeit.
- 9/ Wir werden darauf drängen, daß die deutsche Außenpolitik auch in der Aussöhnung mit dem Osten ihre Stetigkeit behält.
- 10/ Wir wollen, daß in der Deutschlandpolitik weiterhin alle Chancen wahrgenommen werden, um das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen zu stärken und praktisch erlebbar zu machen.
- 11/ Wir bejahen den Beitrag der Bundeswehr zur gemeinsamen westlichen Verteidigung, halten fest an der allgemeinen Wehrpflicht und fordern die Abschaffung des mündlichen Prüfungsverfahrens und eine Verlängerung des Zivildienstes nur im engsten Rahmen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.
- 12/ Wir bestehen auf dem Anspruch der Bundesrepublik, daß die Großmächte auf dem Verhandlungsweg zur Abrüstung ihrer Kernwaffen kommen. Bei den Verhandlungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Mittelstreckenwaffen werden wir nicht müde werden, die Sowjetunion zu drängen, daß sie sich bewegt. Und wir werden unsere amerikanischen Freunde immer wieder bitten, die größten Anstrengungen zu unternehmen, damit die Aufstellung neuer Waffen überflüssig wird. Mit der Politik der vereinbarten schrittweisen Abrüstung bei annäherndem Gleichgewicht erstreben wir eine Partnerschaft zur Sicherheit.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik auf, uns bei der Gestaltung der Zukunft unseres Landes in innerem und äußerem Frieden zu unterstützen. Wir rufen sie auf, mit uns dafür zu sorgen, daß die Bundesrepublik wieder eine kompetente Bundesregierung bekommt, die entschieden Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt.

(-/22.11.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

